

**BRANCHE KOMPAKT**
CHEMISCHE INDUSTRIE

Branche kompakt | USA | Chemische Industrie

Die US-Chemieindustrie hofft auf einen Aufschwung

Nach zwei Krisenjahren kehrt die amerikanische Chemieproduktion auf den Wachstumspfad zurück. Bei Projekten zur Emissionsminderung schürt Trump jedoch Unsicherheit.

15.05.2025

Von Heiko Stumpf | San Francisco



Ausblick auf die chemische Industrie in den Vereinigten Staaten

Bewertung:

- Für alle wichtigen Sparten der US-Chemie werden im Jahr 2025 stabile Produktionssteigerungen erwartet.
- In zentralen Abnehmerindustrien wie dem verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft steigt die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen.
- Die unberechenbare Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump bringt jedoch Nachfragerisiken mit sich.
- Milliardenschwere Projekte für emissionsarme Technologien sind in Planung, doch die unklare Zukunft des Inflation Reduction Act sorgt für Unsicherheit.
- Deutsche Chemieunternehmen sind an zahlreichen Projekten beteiligt und bauen ihre Kapazitäten in den USA aus.

Anmerkung: Einschätzung des Autors für die kommenden zwölf Monate auf Grundlage von prognostiziertem Umsatz- und Produktionswachstum, Investitionen, Beschäftigungsstand, Auftragseingängen, Konjunkturindizes etc.; Einschätzungen sind subjektiv und ohne Gewähr; Stand: März 2025.

Markttrends

Das Wachstum in den industriellen Abnehmerbranchen gibt der Chemieproduktion neuen Schwung. Gleichzeitig setzt die

Branche auf regulatorische Erleichterungen unter Trump.

- **Hunger nach Plastik immer größer**
- **Auch die Bauwirtschaft beflügelt die Chemienachfrage**
- **Inländische Produktion von Düngemitteln wird gestärkt**
- **Was bedeuten Trumps Zölle für die US-Chemieindustrie?**

Die US-Chemieindustrie kann im Jahr 2025 endlich mit Wachstum rechnen. Der Branchenverband American Chemistry Council (ACC) prognostiziert einen mengenmäßigen Anstieg der Produktionsleistung um 1,9 Prozent. Im Folgejahr 2026 könnte sich die Dynamik mit einem Plus von 2,9 Prozent weiter beschleunigen. Damit gelingt der Branche die Trendwende, denn 2024 hatte es mit -0,4 Prozent den zweiten Produktionsrückgang in Folge gegeben (2023: -0,2 Prozent).

11Prozent des weltweiten Chemieumsatzes entfallen auf die USA.

Der Aufschwung hat seine Wurzeln in der erstarkenden Industriekonjunktur. Mehr als 80 Prozent der in den Vereinigten Staaten hergestellten Basis- und Spezialchemikalien fließen in andere Industriesektoren ein. Nach Jahren der Stagnation soll die US-Industrieproduktion 2025 um 1,1 Prozent wachsen, 2026 sogar um 2,1 Prozent. Laut dem ACC befinden sich 16 der 20 wichtigsten Abnehmerindustrien auf Wachstumskurs – dies setzt kräftige Impulse für die Chemie.

Auch mit der Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus werden in der chemischen Industrie positive Erwartungen verbunden. Nachdem unter Joe Biden noch lautstark eine zunehmende Überregulierung beklagt wurde, rechnet die Branche mit einer signifikanten Reduzierung von Vorschriften und regulatorischer Aufsicht unter Trump. Dies betrifft insbesondere die Environmental Protection Agency (EPA). Unter ihrem neuen Chef, dem Trump-Getreuen Lee Zeldin, dürfte die Umweltschutzbehörde in nächster Zeit wieder auf Deregulierung setzen. Bereits während der ersten Amtszeit Trumps wurden etwa 100 Umweltvorschriften der EPA zurückgenommen oder abgeschwächt.

Hunger nach Plastik immer größer

Insbesondere die Nachfrage nach Kunststoffen bleibt ungebrochen hoch. Laut Prognosen von Freedonia dürfte der Gesamtbedarf bis 2028 auf 38,1 Millionen Tonnen ansteigen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 0,7 Prozent pro Jahr.

Materialien wie PET oder Leichtkunststoffe profitieren von einem steigenden Bedarf in der Verpackungsindustrie. Coca-Cola erwägt nach Aussage von CEO James Quincey bereits, den Fokus stärker auf PET-Flaschen zu legen, sollten die von Trump auf 25 Prozent erhöhten Zölle für Aluminiumimporte Bestand haben. Zahlreiche Verpackungshersteller könnten diesem Beispiel folgen, um höhere Kosten für Aludosen zu vermeiden. Die Nachfrage nach Leichtkunststoffverpackungen wird maßgeblich von der Lebensmittelindustrie angetrieben. Prognosen der Flexible Packaging Association (FPA) zufolge wird das Verpackungsvolumen in diesem Sektor zwischen 2024 und 2027 jährlich um durchschnittlich 2,3 Prozent wachsen.

Nachfrageentwicklung für thermoplastische Polymere in den USA in Millionen Tonnen *

* ab 2025 Prognose.

Quelle: Freedonia 2024

Wegen der Elektromobilität werden auch in der Automobilindustrie immer mehr Kunststoffe verbaut. Laut Analysen des ACC ist die in einem elektrischen Mittelklassewagen verwendete Plastikmenge im Schnitt um etwa 48 Prozent höher als in einem vergleichbaren Verbrenner. Dabei dient Plastik beispielsweise der Gewichtsreduktion oder der elektrischen Isolierung. Trotz der Verzögerungen bei einzelnen Projekten wird erwartet, dass die Produktionskapazität für Elektroautos von 1,7 Millionen Einheiten im Jahr 2024 auf 4,7 Millionen Einheiten im Jahr 2028 ansteigt. Dieser Zuwachs dürfte auch den Bedarf an Kunststoffen erhöhen.

Auch die Bauwirtschaft beflügelt die Chemienachfrage

Ein wichtiger Treiber ist zudem die Bauindustrie. Ein neu gebautes Einfamilienhaus verschlingt in den USA rund 15 Tonnen an chemischen Produkten. Im Jahr 2024 wurde mit dem Bau von 1,36 Millionen Wohneinheiten begonnen, was einem Rückgang um 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Für die Zukunft rechnet der ACC mit einer Belebung der Baukonjunktur. Die Zahl der Baustarts soll 2025 und 2026 auf 1,4 Millionen beziehungsweise 1,5 Millionen Einheiten steigen.

Neben Isoliermaterialien, Kunststoffrohren, Bodenbelägen und Fensterrahmen profitiert davon auch die Nachfrage nach Farben und Lacken. Laut Prognosen des Consultingunternehmens ChemQuest dürfte die Gesamtnachfrage im Jahr 2025 um 2,3 Prozent auf rund 5,3 Milliarden Liter ansteigen. Mit einem mengenmäßigen Anteil von rund 60 Prozent bildet der Architekturbereich das wichtigste Marktsegment. Prognosen zufolge wird der Verbrauch von Architekturfarben im Jahr 2025 rund 3,1 Milliarden Liter erreichen. Auf Industrie- und Speziallacke entfällt ein Marktanteil von 30 beziehungsweise 23 Prozent. Steigerungen in der Transportgüter-, Metall- und Elektroindustrie sorgen auch hier für Belebung.

Inländische Produktion von Düngemitteln wird gestärkt

Eine angespannte Einkommenslage bei den Landwirten des Landes sorgt bei Agrarchemikalien für durchwachsene Aussichten. Fallende Weltmarktpreise tragen dazu bei, dass die Erlöse für Feldfrüchte laut U.S. Department of Agriculture (USDA) im Jahr 2025 voraussichtlich um 5,6 Milliarden US-Dollar (US\$; -2,3 Prozent) sinken. Die Ausgaben für Betriebsmittel stehen unter Druck: Laut USDA sollen die Ausgaben der Farmer für Düngemittel im Jahr 2025 um 11,1 Prozent auf 29,2 Milliarden US\$ fallen. Bei Pflanzenschutz beträgt der Rückgang 6 Prozent auf 18,1 Milliarden US\$. Neben niedrigeren Produktionskosten spielt auch die Nachfrage eine Rolle – etwa durch vermehrten Einsatz von preisgünstigen No-name-Mitteln, was deutschen Anbietern wie BASF und Bayer schadet.

Mit dem Fertilizer Production Expansion Program verfolgt die USDA das Ziel, die inländische Düngemittelproduktion zu erhöhen. Bis Dezember 2024 wurden insgesamt 517 Millionen US\$ für 76 Projekte vergeben. Dadurch soll sich die Düngemittelproduktion jährlich um 11,8 Millionen Tonnen erhöhen. Die Michigan Potash & Salt Company erhielt von der US-Regierung eine Kreditgarantie in Höhe von 1,3 Milliarden US\$ für ein Vorhaben in Evert Township (Michigan). Die Anlage für jährlich 800.000 Tonnen Kali und 1 Million Tonnen Salz soll 2028 in Betrieb gehen. Derzeit werden 90 Prozent des Kalibedarfs der USA importiert. Wabash Valley Resources plant für 2,4 Milliarden US\$ die ammoniakbasierte Herstellung von Düngemitteln in Indiana, ab 2027 sollen dort jährlich 500.000 Tonnen produziert werden.



Was bedeuten Trumps Zölle für die US-Chemieindustrie?

Die amerikanische Chemieindustrie startete eigentlich mit optimistischen Erwartungen in das Jahr 2025. Aber Wachstumsprognosen des ACC wurden aufgestellt, bevor Trump am 2. April 2025 zum Zollhammer gegen den Rest der Welt ausholte. Seitdem rudert der US-Präsident schrittweise zurück. Reziproke Zölle gegen rund 60 Staaten (in Höhe von teilweise bis zu 50 Prozent) wurden bis Anfang Juli 2025 ausgesetzt, um Verhandlungen zu ermöglichen. Ein Basiszollsatz von 10 Prozent bleibt derweil in Kraft.

Auch mit China wurde im Mai 2025 eine vorübergehende Einigung erzielt, die gegenseitigen Zölle für einen Zeitraum von 90 Tagen deutlich zu senken: Die US-Regierung reduziert ihre Zölle auf chinesische Importe von 145 Prozent auf 30 Prozent, während China seine Zölle auf US-Waren von 125 Prozent auf 10 Prozent senkt.

Durch dieses Einlenken blieb die Chemieindustrie bislang von den schlimmsten Auswirkungen verschont. Aber die Gefahr ist dadurch nicht gebannt. Sollten Verhandlungen über Handelsabkommen scheitern und die ausgesetzten Zölle wiederaufleben, wäre auch die Chemie betroffen – mit negativen Folgen für Lieferketten, Kosten und Gewinne.

Angst vor Gegenmaßnahmen: Die Chemie ist einer der wenigen US-Industriezweige, der einen Handelsüberschuss erzielt. Für 2024 wird dieser auf 32 Milliarden US\$ geschätzt. Branchenverbände fürchten deshalb vor allem die Gegenmaßnahmen, die durch Trumps aggressive Zollpolitik hervorgerufen werden könnten. Bei Produkten wie Polyethylen, Ethylenglykol, Polyvinylchlorid, Essigsäure sowie bei Polypropylen und Methanol haben die USA teils große Produktionsüberschüsse und sind anfällig für Vergeltungszölle. Die EU bereitet bereits eine Liste mit US-Waren vor, die mit Gegenzöllen belegt werden können, falls Verhandlungen mit der Trump-Regierung scheitern. Darunter beispielsweise auch 60 spezifische Kunststoff- und Gummiprodukte aus den USA.

Benötigte Importe werden teurer: Bei einigen Stoffen wie Benzol, Melamin und Methyl-Ethyl-Keton haben die USA ein Handelsdefizit und sind auf Importe angewiesen. Höhere Zölle darauf würden die Kosten für nachgelagerte Chemieprodukte erhöhen. Deutschland liefert vor allem Fein- und Spezialchemikalien in die USA.

Jedoch profitiert die Chemiebranche davon, dass Importe aus Kanada und Mexiko, welche die Vorgaben des Freihandelsabkommen USMCA erfüllen, nach einem Einlenken von Trump weiter zollfrei in die USA geliefert werden können. Mexiko ist für die USA der wichtigste Lieferant von Flussspat und Flusssäure. Flussspat ist Ausgangsstoff für Fluorchemikalien wie Kältemittel und Fluorpolymere wie Teflon. Viele Alkylierungsanlagen verwenden Flusssäure als Katalysator. Auch die Raffineriebetreiber atmen auf. Die US-Raffinerien im Mittleren Westen und der Golfküstenregion sind so konfiguriert, dass sie schweres Rohöl verarbeiten, welches größtenteils aus Kanada und Mexiko kommt. Durch Trumps Rückzieher kann USMCA konformes Rohöl aus den beiden Nachbarnstaaten vorerst weiter zollfrei in die USA geleitet werden.

Indirekte Folgen für die Chemienachfrage: Die durch Trump ausgelösten Handelsstreitigkeiten dürften sich indirekt auf die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen auswirken – mit Folgen auch für deutsche Unternehmen. So erzielen die USA einen bedeutenden Handelsbilanzüberschuss bei Agrarprodukten. Hier fallen insbesondere die von China verhängten Gegenzölle ins Gewicht, da die Volksrepublik bislang ein Hauptabnehmer von amerikanischen Nahrungsmitteln war.

Dies dürfte die Einnahmen der einheimischen Landwirte belasten, was wiederum die Nachfrage nach Agrarchemikalien wie Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden dämpfen könnte. Bereits während Trumps erster Amtszeit musste das USDA Landwirte mit 28 Milliarden US\$ unterstützen, um sie für die Verluste durch den Handelsstreit mit China zu entschädigen.

Auch in der Kfz-Industrie drohen negative Folgen. Trumps Autozölle dürften zu höheren Produktionskosten und Neuwagenpreisen führen. Ein daraus folgender Nachfragerückgang dürfte auch das Produktionsvolumen für Kfz beeinträchtigen – mit entsprechenden Folgen für Chemieprodukte wie Lacke oder Kunststoffe.

Nachhaltigkeit in der Chemieindustrie

Der Inflation Reduction Act löste eine Investitionswelle für kohlenstoffarme Projekte aus. Doch Donald Trumps Ansinnen, die Förderung streichen zu wollen, bremst die Euphorie.

- [Emissionsarmer Ammoniak: Viel geplant, aber was wird gebaut?](#)
- [Export als lukratives Geschäft – mit einem großen "aber"](#)
- [Auch grüner Wasserstoff leidet unter regulatorischer Unsicherheit](#)
- [Für deutsche Unternehmen stehen Projekte und Aufträge auf dem Spiel](#)
- [Jurist Pohl zur Zukunft des Inflation Reduction Act \(IRA\)](#)

Wahlen haben Konsequenzen – selten wird das so deutlich wie bei der Dekarbonisierung der Chemieindustrie. Angestoßen durch den Inflation Reduction Act (IRA) setzten die Chemieunternehmen in der Biden-Ära große Anstrengungen in Gang, um ihre Produktionsprozesse emissionsärmer zu gestalten. Mit dem Wiedereinzug von Donald Trump ins Weiße Haus droht das Momentum jedoch ins Stocken zu geraten. "Da viele Förderprogramme auf der Kippe stehen und Investitionsanreize wegfallen könnten, wächst in der Branche die Unsicherheit", sagt Siegmund Pohl, der als Rechtsanwalt der Kanzlei Kilpatrick Townsend in San Francisco zu Fragen des IRA berät. Weiter unten im Text finden Sie das vollständige Interview mit dem Juristen.

[Emissionsarmer Ammoniak: Viel geplant, aber was wird gebaut?](#)

Besonders betroffen ist der Boom für emissionsarmen Ammoniak, welcher die USA in den vergangenen Jahren erfasst hat. Der Informationsdienst Oil & Gas Watch meldete Ende 2024 insgesamt 38 geplante Projekte, die bis 2030 eine Produktionsleistung von etwa 60 Millionen Tonnen pro Jahr erreichen könnten. Damit würde sich die derzeitige Kapazität für Ammoniak von jährlich 21 Millionen Tonnen fast vervierfachen. Bei der Herstellung von Ammoniak wird bislang vor allem aus Erdgas gewonnener Wasserstoff verwendet, der mit Stickstoff vermischt wird.

Um diesen Prozess emissionsärmer zu gestalten, setzen rund zwei Drittel der geplanten Anlagen auf die Kohlendioxid(CO₂)-Abscheidung und -Speicherung (CCS). Dadurch entsteht blauer Wasserstoff, womit sich diese Technologie als zentrale Säule der Dekarbonisierungsstrategie etabliert. Großzügige Steuergutschriften wirken dabei als entscheidender Anreiz (Section 45Q Tax Credit). Laut IRA beläuft sich der Steuerbonus auf bis zu 85 US-Dollar (US\$) für jede Tonne CO₂, die durch CCS eingespart wird. Außer für Ammoniak bieten sich dadurch auch Anreize für die Herstellung von blauem Methanol, das als Basis für synthetische Kraftstoffe dient.

+ [Bild vergrößern](#)

[Export als lukratives Geschäft – mit einem großen "aber"](#)

Viele Projektentwickler wollen die mit Hilfe von CCS hergestellten Erzeugnisse nach Japan, Südkorea oder Europa verschiffen. Ein Beispiel dafür ist die australische Firma Woodside Energy mit dem bereits fortgeschrittenen Projekt Beaumont New Ammonia in Texas. Die sich im Bau befindliche Anlage soll ab 2026 jährlich rund 1,1 Millionen Tonnen emissionsarmen Ammoniak produzieren. Noch 2026 könnte die finale Investitionsentscheidung für die zweite Phase des Vorhabens fallen, welche eine Verdoppelung der Kapazität vorsieht.

Woodside Energy will von europäischen Emissionsmechanismen profitieren. Dazu zählen das Emission Trading System (ETS) und der EU-Grenzausgleichsmechanismus [Carbon Border Adjustment Mechanism](#) (CBAM), der den CO₂-Preis zwischen

heimischen Produkten und Importen ausgleicht. "Da der CBAM ab 2026 schrittweise eingeführt wird, dürfte die Nachfrage nach kohlenstoffarmen Produkten in Europa steigen", so Siegmair Pohl. Mit einem geschätzten CO₂-Fußabdruck von 0,8 Tonnen pro Tonne Ammoniak liegt das Beaumont-Projekt innerhalb der EU-Benchmarks, was den Marktzugang erleichtert.

Der mögliche Exportboom ist jedoch alles andere als sicher. Denn zahlreiche Experten sind sich einig, dass viele geplante Projekte scheitern würden, falls die Förderung durch den IRA wegfällt. Ohne die üppigen Steuergutschriften wäre blauer Ammoniak auf dem internationalen Markt weniger wettbewerbsfähig. Viele Unternehmen lobbyieren deshalb dafür, dass die IRA-Förderung auch unter der Trump-Regierung erhalten bleibt. Da die meisten CCS-Projekte in republikanischen Bundesstaaten wie Texas oder Louisiana angesiedelt sind, wird dabei auch gezielt um die dortigen Gouverneure und Kongressabgeordneten geworben.

Auch grüner Wasserstoff leidet unter regulatorischer Unsicherheit

CCS-Projekte sind eng mit den von Trump bevorzugten fossilen Energien verknüpft, deshalb sind die Chancen für eine Beibehaltung der Förderung noch vergleichsweise gut. Ungewisser ist hingegen die Zukunft der ebenfalls im IRA verankerten Förderung von kohlenstoffarmem Wasserstoff (H₂).

Für jedes produzierte Kilogramm H₂ kann eine Steuergutschrift von bis zu 3 US\$ (Section 45V Tax Credit) gewährt werden. Die maximale Förderung gibt es, wenn pro Kilogramm H₂ weniger als 0,45 kg an CO₂-Emissionen anfallen. "Die Förderung ist technologieneutral, aufgrund der Ausgestaltung aber vor allem für Erzeuger von grünem Wasserstoff attraktiv", so Siegmair Pohl. Dabei setzen diese Projekte auf erneuerbare Energie, um H₂ durch Elektrolyse zu erzeugen.

Laut dem U.S. Department of Energy (DOE) sind derzeit Projekte mit einer Elektrolysekapazität von mehr als 4,5 Gigawatt in Planung. Doch die Unsicherheit fordert ihren Preis. So hat Woodside Energy wegen unklarer Rahmenbedingungen für die Section 45V Tax Credits ihr H₂O_K-Projekt in Oklahoma vorerst auf Eis gelegt.

Und auch der unter der Biden-Regierung initiierte Aufbau von sieben großen H₂-Hubs ist betroffen. Zwar haben alle Hubs eine feste Finanzierungszusage in Höhe von jeweils knapp 1 Milliarde US\$ erhalten, doch bislang wurden nur erste Tranchen ausgezahlt. Wie viel von den zugesagten Mitteln unter Trump tatsächlich fließt, bleibt abzuwarten.

+ [Bild vergrößern](#)

Für deutsche Unternehmen stehen Projekte und Aufträge auf dem Spiel

Wie sich die Rahmenbedingungen für Dekarbonisierungsvorhaben in der Chemie künftig gestalten, ist auch für deutsche Unternehmen von großer Bedeutung. Mit BASF und RWE sind zwei deutsche Größen selbst als Projektentwickler aktiv. BASF beispielsweise evaluiert gemeinsam mit Yara International aus Norwegen die Produktion von blauem Ammoniak an der US-Golfküste (geplante Kapazität: 1,4 Millionen Tonnen pro Jahr). RWE aus Essen ist zusammen mit der japanischen Mitsubishi (und Lotte Chemical aus Südkorea an einem vergleichbaren Projekt in Corpus Christi beteiligt).

Bei anderen Vorhaben sind deutsche Unternehmen Ausrüstungslieferanten. ThyssenKrupp Uhde ist Technologiepartner für das CCS-Projekt Blue Point Complex von CF Industries in Louisiana. MAN Energy Solutions erhielt den Auftrag für sechs Luftkompressorstränge für den Clean Energy Complex von Air Products ebenfalls in Louisiana. Siemens Energy soll Elektrolyseure mit einer Gesamtleistung von 1,8 Gigawatt für das Methanol-Projekt von HIF Global in Texas liefern.



Jurist Pohl zur Zukunft des Inflation Reduction Act (IRA)



Siegmund Pohl | © 2025 Kilpatrick Townsend & Stockton
LLP

Siegmund Pohl ist Partner bei der Kanzlei Kilpatrick Townsend in San Francisco. Der auf das transatlantische Geschäft spezialisierte Rechtsanwalt berät regelmäßig Unternehmen aus Sektoren wie Climate-Tech, Clean-Tech und erneuerbare Energien, wobei insbesondere auch Fragen zum IRA im Mittelpunkt stehen.

Der IRA hat viele klimafreundliche Investitionen angestoßen. Auf was müssen sich Unternehmen jetzt gefasst machen?

Viele Zuschussprogramme werden voraussichtlich entweder ganz zurückgenommen oder umgewidmet. Oft milliardenschwere staatliche Darlehensbürgschaften, wie sie beispielsweise das Loan Programs Office (LPO) des US-Energieministeriums (DOE) vergibt, werden wahrscheinlich umstrukturiert, dürften aber fortbestehen. Bestimmte Steuergutschriften für Investitionen in erneuerbare Energien könnten dagegen wegfallen, in der Laufzeit verkürzt oder restrukturiert werden. Insofern gibt es aktuell in der Branche viel Unsicherheit. Wir helfen deutschen Unternehmen derzeit damit, sich in Washington mit Hochdruck für den Erhalt einzelner Programme einzusetzen. Wir erwarten, dass sich die Aufregung in den nächsten Monaten legen wird. Die Budget and Tax Reconciliation Bills, welche der amerikanische Kongress im Frühjahr 2025 verabschieden will, dürften mehr Klarheit über den künftigen Rahmen der verschiedenen Förderprogramme schaffen.

Gibt es auch Teile des IRA, die relativ sicher sind?

Ja, unter anderem gilt der Teil der Section 45Q Tax Credit als vergleichsweise sicher, der Unternehmen Steuergutschriften für die Abscheidung und Nutzung von CO₂ gewährt (Carbon Capture and Usage, CCU). Die Regelung ist zu unterscheiden von der dauerhaften Speicherung von CO₂ (CCS), sie wurde ursprünglich 2008 eingeführt und 2018 unter der ersten Trump-Regierung ausgeweitet. Mit dem Inflation Reduction Act von 2022 wurden die Anreize weiter erhöht – auf bis zu 60 US\$ pro Tonne für die kommerzielle Nutzung von abgeschiedenem CO₂. Da diese Förderung über Parteigrenzen hinweg breite Unterstützung findet, ist eine vollständige Abschaffung eher unwahrscheinlich.

Branchenstruktur

Die Chemieindustrie findet gute Standortbedingungen in den USA vor. An ihrer Golfküste entstehen Anlagen für Flüssigerdgas. Auch deutsche Unternehmen bauen ihre Produktion aus.

- › [LNG-Großanlagen im Aufbau](#)
- › [Attraktive Standortbedingungen dank günstiger Preise](#)
- › [Deutsche Unternehmen auf Investitionskurs](#)
- › [Vielzahl an regionalen Chemieclustern](#)

Die Vereinigten Staaten sind weltweit der zweitgrößte Produzent von chemischen Erzeugnissen – nach [China](#). Die Branche deckt die gesamte Bandbreite von Grundchemikalien, chemischen Zwischenerzeugnissen und Spezialchemikalien ab. Wichtige Segmente sind Agrarchemikalien, Automobilchemie, Substanzen zur Wasserbehandlung, Kleb- und Dichtstoffe sowie industrielle Gase.

Produktion ausgewählter chemischer Erzeugnisse in den USA 1)

Produktionsindizes 2)

Sparte	2021	2022	2023	2024
Chemische Erzeugnisse (außer Pharmazeutika und Arzneimittel)	93,4	95,9	95,7	96,7
Organische Chemikalien	94,3	91,3	90,2	87,8
Anorganische Basischemikalien	89,1	96,2	100,9	98,2
Harz, Synthetikgummi und -fasern	86,5	87,1	87,3	90,6
Agrarchemikalien	106,3	111,8	112,5	119,0

1 Durchschnittswert, 2017=100; 2 saisonbereinigt.

Quelle: Federal Reserve 2025

Sparte	2021	2022	2023	2024
Farben, Lacke und Klebstoffe	95,0	108,5	100,4	97,2
Seifen und Körperpflegemittel	93,4	96,8	101,0	108,7

LNG-Großanlagen im Aufbau

Über die größten Kapazitäten verfügt mit insgesamt 132 Raffinerien die Petrochemie. Die Anlagen konnten im Jahr 2024 eine Rohölmenge von insgesamt 18,4 Millionen Barrel pro Tag verarbeiten. Aufgrund der Schließung von zwei Raffinerien durch LyondellBasell und Phillips 66 wird bis 2026 ein Rückgang der Verarbeitungskapazitäten um 370.000 Barrel pro Tag erwartet.

Auf Hochtouren läuft hingegen der Ausbau der **Terminals für Flüssigerdgas** (Liquified Natural Gas; LNG), das in den USA durch Fracking gewonnen wird. Mit einer bereits installierten Kapazität von rund 123 Millionen Tonnen sicherten sich die USA 2024 zum zweiten Mal in Folge den Titel des Exportweltmeisters für LNG. Und liegen damit vor Australien und **Katar**.

In den Bundesstaaten Louisiana und Texas entstehen derzeit fünf zusätzliche Gasverflüssigungsanlagen. Dadurch kommt bis 2028 eine jährliche Kapazität von knapp 79 Millionen Tonnen hinzu. Zu den Vorhaben zählt die zweite Phase des Plaquemines-Projektes in Louisiana, welches ab 2025 jährlich 13,8 Millionen Tonnen LNG bereitstellen soll.

Zehn weitere Projekte befinden sich zudem derzeit im Bau. Allein dadurch könnten weitere LNG-Kapazitäten von mindestens 107 Millionen Tonnen entstehen. Ein von US-Präsident Joe Biden verhängtes Moratorium für neue LNG-Exportprojekte wurde mittlerweile durch die Trump-Regierung aufgehoben, so dass noch weitere Anlagen hinzukommen könnten. Wie viele zusätzliche LNG-Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten: Es gibt bereits Warnungen vor drohenden Überkapazitäten.

Attraktive Standortbedingungen dank günstiger Preise

Die reichhaltige und kostengünstige Verfügbarkeit von Erdgas ist einer der Hauptgründe für die guten Standortbedingungen der Chemieindustrie in den USA. Die U.S. Energy Administration (EIA) erwartet für das Jahr 2025 einen durchschnittlichen Spotpreis für Erdgas im als Benchmark geltenden Henry Hub nahe Erath, Louisiana, von 3,80 US-Dollar (US\$) pro Million britischer Wärmeinheiten (Metrische Millionen Britische Wärmeinheiten; MMBtu). Damit liegt der erwartete Preis deutlich unter dem Durchschnittsniveau der letzten 20 Jahre von 4,18 US\$. In Europa, wo die niederländische Title Transfer Facility (TTF) als wichtige Benchmark gilt, lag der Gaspreis Anfang 2025 bei über 14 US\$ je MMBtu.

Hinzu kommt günstiger Strom: Laut der EIA lag der durchschnittliche Industriestrompreis im Dezember 2024 bei 8,01 US\$ pro Megawattstunde. In Deutschland sind die Stromkosten mehr als doppelt so hoch.

Die US-Chemieindustrie kann deshalb in die Zukunft ihrer Standorte investieren. Nachdem im Jahr 2024 Investitionen in Höhe von 34 Milliarden US\$ getätigt wurden, erwartet der ACC für 2025 einen Anstieg um 3,2 Prozent. Im Jahr 2026 sollen die Investitionen um 2,8 Prozent wachsen.

Deutsche Unternehmen auf Investitionskurs

Auch deutsche Chemiekonzerne bauen ihre Anlagen in den USA aus: BASF steckt bis 2025 rund 780 Millionen US\$ in die Erweiterung der Fertigungsstätte Geismar, Louisiana. Evonik erhöht die Produktion von Kieselsäure in Charleston, South Carolina, bis 2026 um die Hälfte. Covestro will einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag investieren, um den Standort Hebron, Ohio, bis 2026 zu erweitern. Dies umfasst mehrere Produktionslinien für Polycarbonate.

Ausgewählte Investitionsprojekte der chemischen Industrie in den USA

Investitionssumme in Millionen US-Dollar

Akteur (Projekt)	Investitionssumme	Geplante Fertigstellung	Anmerkung
Formosa Plastics (Sunshine Project)	9.400	Baustart unklar, Genehmigung noch nicht vollständig erteilt	Herstellung von Polymeren in St. James, Louisiana; Kapazität pro Jahr: 2,4 Mio. t Ethylen für u.a. 800.000 t LLDPE und HDPE
Chevron Phillips/ Qatar Energy (Golden Triangle Polymers)	8.500	2026	Herstellung von Polymeren in Orange, Texas; Kapazität pro Jahr: 2,1 Mio. t Ethylen und 2 Mio. t Polyethylen
LG Chemicals	3.200	2027	Herstellung von Kathodenaktivmaterial in Clarksville, Tennessee; Kapazität pro Jahr: 120.000 t
Cronus Chemicals	2.300	2028	Herstellung von Ammoniak für Düngemittel in Tuscola, Illinois; Kapazität pro Jahr: 840.000 t
Mitsubishi Chemical	1.000	2025	Herstellung von Methylmethacrylat in Geismar, Louisiana; Kapazität pro Jahr: 35.000 t
Syenqo	850	2027	Herstellung von Polyvinylidenfluorid für die Batterieindustrie in Augusta, Georgia; Kapazität pro Jahr: ausreichend für 5 Mio. Autobatterien

Akteur (Projekt)	Investitionssumme	Geplante Fertigstellung	Anmerkung
Koura Chemicals	800	2027	Herstellung von Batteriechemikalien in St. Gabriel, Louisiana; Kapazität pro Jahr: 11.000 t Lithiumhexafluorophosphat und 44.000 t R-142b (Kältemittel)
Epsilon Advanced Materials	650	2026	Herstellung von Grafitanoden in Clarksville, Tennessee; Kapazität pro Jahr: 50.000 t
PCC GulfChem	540	2028	Herstellung von Chloralkali in Pass Christian, Mississippi; Kapazität pro Jahr: 340.000 t
PPG Industries	225	2026	Herstellung von Farben und Lacken in Loudon, Tennessee; Kapazität pro Jahr: 42 Mio. l

Für Bewegung sorgen auch Batteriehersteller, die in den USA eine Gigafactory nach der anderen hochziehen. Bis 2028 könnte eine Gesamtkapazität von mehr als 1.000 Gigawattstunden entstehen. Dadurch steigert sich beispielsweise die Nachfrage nach Fluorkunststoffen, die für Batterien benötigt werden.

Gleichzeitig löste der IRA eine Investitionswelle entlang der gesamten **Batteriewertschöpfungskette** aus. BASF gehört zu einer Reihe von Unternehmen, die die Produktion von Kathodenmaterial starten. Lanxess ist in El Dorado, Arkansas, zusammen mit dem kanadischen Unternehmen Standard Lithium an einem Lithiumprojekt beteiligt.

Der CHIPS and Science Act hat entlang der Wertschöpfungskette für Halbleiter über 80 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 450 Milliarden US\$ angestoßen. In der Folge dürfte sich die Chipproduktion in den USA bis 2032 mehr als verdreifachen. Zur Herstellung eines Mikrochips werden rund 500 verschiedene Spezialchemikalien benötigt. Als Nebeneffekt löste der CHIPS and Science Act deshalb bereits knapp 30 Projekte für chemische Ausgangsmaterialien aus.

Für die Herstellung von chemischen Halbleiterlösungen investiert das zu Merck aus Darmstadt gehörende Unternehmen EMD Electronics rund 300 Millionen US\$ in Pennsylvania. Weitere Großinvestitionen gibt es beispielsweise durch Entegris in Colorado (600 Millionen US\$) und Soulbrain in Texas (575 Millionen US\$).

Vielzahl an regionalen Chemieclustern

Der heterogene Charakter der Chemieindustrie und die engen Verbindungen zu anderen Wirtschaftszweigen zeigen sich auch geografisch. So verfügen fast alle US-Staaten über chemische Produktionskapazitäten. Herausgebildet haben sich klare regionale Schwerpunkte.

Für die Produzenten chemischer Grundstoffe aus Erdöl und Erdgas ist unter anderem die Nähe zu den Förderstätten und Häfen wichtig. Rund 90 Prozent der petrochemischen Produktion ballt sich deshalb in den Küstenstaaten Texas und Louisiana. Auch die Herstellung von Basischemikalien und Kunststoffen konzentriert sich stark an der US-Golfküste.

Regionale Schwerpunkte in der US-Chemieproduktion

Region	Schwerpunkte
Golfküste	Petrochemikalien, Grundchemikalien, Polymere, Kunstharze, Synthetikgummi
Mittlerer Westen	Agrarchemikalien, Kunststoffe, Farben
Ohio Valley	Organische Chemikalien, Kunststoffe, Spezialchemikalien
Mittelatlantik	Konsumgüter
Südosten	Anorganische Chemikalien, Fasern, Konsumgüter, Batteriechemikalien
Nordosten	Konsumgüter, Spezialchemikalien
Westküste	Grundchemikalien, Agrarchemikalien, Konsumgüter

Quelle: Recherchen von Germany Trade & Invest 2025

Die Stärke der US-Chemie zeigt sich auch in der Unternehmenslandschaft. Die USA haben weltweit agierende Branchengrößen wie Dow, ExxonMobil und Chevron hervorgebracht. DuPont kündigte Anfang 2025 an, seine Elektroniksparte in ein eigenständiges börsennotiertes Unternehmen abzuspalten.

Wichtige Branchenunternehmen in den USA

Umsatz in Milliarden US-Dollar

Unternehmen	Sparte	Umsatz 2023
-------------	--------	-------------

Quelle: Chemical & Engineering News (C&EN)

Unternehmen	Sparte	Umsatz 2023
Dow	Chemieproduktion	44,6
ExxonMobil	Petrochemikalien	40,7
LyondellBasell Industries	Chemieproduktion	32,0
Mosaic	Düngemittel	13,7
Air Products and Chemicals	Industriegase	12,6
DuPont	Chemieproduktion	12,1
Chevron Phillips Chemical	Petrochemikalien	11,6
Celanese	Chemieproduktion	10,9
Albemarle	Spezialchemikalien	9,6
Eastman Chemical	Chemieproduktion	9,2

Von Heiko Stumpf | San Francisco

Rahmenbedingungen

Das Gesetz über gefährliche Stoffe reguliert die meisten Industriechemikalien. Neue Regeln sollen den Kunststoffverbrauch reduzieren und moderne Recyclingtechnologien fördern.

- › [Trump verspricht weitgehende Deregulierung](#)
- › [US-Position zum UN-Plastikabkommen steht infrage](#)
- › [Rahmenbedingungen für chemisches Recycling dürften sich verbessern](#)

› Superfund-Steuer für bestimmte Chemikalien

› Nationale Stellen für Zölle, Einfuhrverfahren und Zertifizierungen

In den USA gibt es eine Vielzahl von Aufsichtsbehörden, Gesetzen und Normen zur Chemikaliensicherheit. [Chemikalien und gefährliche Stoffe](#) unterliegen den Vorschriften des Gesetzes über gefährliche Stoffe (Toxic Substances Control Act; TSCA), das inzwischen überarbeitet wurde. Es reguliert die meisten Industriechemikalien, die in den USA hergestellt oder verarbeitet werden, sowie Importe. Bestimmte chemische Substanzen und Gemische müssen nach dem TSCA gemeldet, registriert und geprüft werden. Darüber hinaus enthält das Gesetz auch die Normen für Emission von Formaldehyd in Holzwerkstoffprodukten.

Wichtige Aufsichtsbehörden im Bereich der Chemikaliensicherheit sind:

- **Occupational Safety and Health Administration (OSHA):** Teil des Arbeitsministeriums, verantwortlich für den Arbeitsschutz.
- **National Institute for Occupational Safety and Health (NIOSH):** Teil des Gesundheitsministeriums, zuständig für arbeitsmedizinische Forschung.
- **Environmental Protection Agency (EPA):** unabhängige Exekutivbehörde der US-Bundesregierung, zuständig für den Schutz der Umwelt und die Regulierung von Chemikalien; Informationen für Importeure und Exporteure zu bestimmten chemischen Stoffen, Pestiziden, ozonschädigenden Substanzen und weiteren umweltgefährdenden Stoffen veröffentlicht die EPA auf einer [Sonderseite](#) [↗](#).

Trump verspricht weitgehende Deregulierung

Nach dem Wiedereinzug von Donald Trump ins Weiße Haus steht der Chemiesektor vor entscheidenden Weichenstellungen in Sachen Umweltregulierung. Wie bereits in der ersten Amtszeit plant Trump, eine weitgehende Deregulierungsagenda umzusetzen. Diesmal dürften insbesondere die unter Joe Biden erlassenen Richtlinien für Klimaschutz, Luftqualität und Wasserreinhaltung im Fokus stehen. Dazu zählen verschärfte [Luftreinhaltungsvorschriften für chemische Anlagen](#) [↗](#).

Die strengeren Vorschriften des Clean Air Act zielten darauf ab, chemische Luftschadstoffe um rund 6.200 Tonnen pro Jahr zu reduzieren. Die Emissionen durch Ethylenoxid müssten beispielsweise um 67 Prozent sinken, bei Chloropren wären es sogar 74 Prozent. Laut Angaben der EPA müssten mindestens 200 Anlagen für synthetische organische Stoffe technisch nachgerüstet werden, was mit Kosten von über 500 Millionen US\$ verbunden wäre. Ob diese Regelungen Bestand haben, ist mit großen Fragezeichen verbunden.

US-Position zum UN-Plastikabkommen steht infrage

Trumps zweite Amtszeit könnte auch erhebliche Auswirkungen auf das geplante weltweite Abkommen zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung haben. Die Vereinten Nationen (UN) streben aktuell eine verbindliche Vereinbarung an, die globale Standards festlegt.

Bei den bislang letzten Verhandlungen im Dezember 2024 im südkoreanischen Busan schwankte die Position der US-Regierung bereits. Ursprünglich hatte die Biden-Administration signalisiert, Schritte zur Begrenzung der Plastikproduktion unterstützen zu wollen. Sie wich kurz vor den Verhandlungen von dieser Haltung jedoch ab und sprach sich gegen verbindliche Obergrenzen aus. Mit der Trump-Regierung dürfte die Unterstützung der USA für ein Abkommen, das Produktionsbeschränkungen für Plastik vorsieht, nahezu ausgeschlossen sein.

Ungeachtet dessen gibt es immer mehr Regelungen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene, um den Kunststoffverbrauch zu reduzieren und die Wiederverwertung zu fördern. Einige Staaten erlassen Gesetze zur Förderung sogenannter fortschrittlicher Recyclingverfahren, andere verbieten vor allem Einwegplastik. Bislang haben Kalifornien, Oregon, Washington, Colorado, Hawaii, Delaware, New Jersey, New York, Connecticut, Rhode Island, Maine und Vermont Gesetze verabschiedet, welche bestimmte Einwegkunststoffe verbieten. Kalifornien war der erste US-Staat, der mit einem umfassenden [Gesetz](#) [↗](#) sowohl die Reduzierung als auch das Recycling von bestimmten Kunststoffverpackungen verlangt. Sechs Staaten folgten bislang diesem Vorbild.

Rahmenbedingungen für chemisches Recycling dürften sich verbessern

Mit der neuen Trump-Regierung dürfte es eine breitere Unterstützung für das chemische Recycling geben, welches bislang vor allem von republikanischen Bundesstaaten gefördert wird. Laut dem Marktforschungsinstitut ICIS könnten sich die bestehenden Kapazitäten von rund 450.000 Tonnen bis 2029 fast verzehnfachen. Der Bedarf für neue Lösungen ist enorm, denn beim Recycling liegen die USA im Vergleich zu Europa deutlich zurück. Laut Berechnungen des National Renewable Energy Laboratory wurden im Jahr 2019 nur etwa 5 Prozent der Plastikabfälle recycelt.

Superfund-Steuer für bestimmte Chemikalien

Der [Infrastructure Investment and Jobs Act](#) von 2021 brachte mit der Wiedereinführung der sogenannten Superfund-Steuer auch Nachteile für die chemische Industrie: So fällt auf 121 Substanzen, darunter Kunststoffe und andere synthetische Materialien, eine Verbrauchsteuer an, die im Fall von Azeton bis zu 20,06 US-Dollar (US\$) pro Tonne erreicht. Die Abgabe wird von den Herstellern oder Importeuren dieser Chemikalien erhoben. Sie wird bei der ersten Verwendung oder beim ersten Verkauf in den USA fällig.

Germany Trade & Invest stellt ausführliche Informationen zum [Wirtschafts- und Steuerrecht sowie zu Einfuhrregelungen, Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen](#) zur Verfügung.

Die Publikation [Zoll und Einfuhr kompakt](#) zu den USA informiert über aktuelle Zollvorschriften, die Handelspolitik der USA und Handelshemmnisse, die den Marktzugang erschweren können.



Nationale Stellen für Zölle, Einfuhrverfahren und Zertifizierungen

- [U.S. Customs and Border Protection \(CBP\)](#)
- [U.S. Food and Drug Administration \(FDA\)](#)
- [U.S. Environmental Protection Agency \(EPA\)](#)
- [USDA Animal and Plant Health Inspection Service \(APHIS\)](#)
- [U.S. Consumer Product Safety Commission](#)
- [United States Trade Representative \(USTR\)](#)

Von Heiko Stumpf | San Francisco

Kontaktadressen

Bezeichnung	Anmerkungen
Germany Trade & Invest	Außenhandelsinformationen für die deutsche Exportwirtschaft

Bezeichnung	Anmerkungen
Deutsch-Amerikanische Handelskammern (AHK USA)	Anlaufstelle für deutsche Unternehmen
Der Delegierte der Deutschen Wirtschaft/ Representative of German Industry and Trade (RGIT)	Verbindungsbüro des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) in Washington, D.C.
U.S. Census Bureau (USDA)	Statistikbehörde
U.S. Energy Information Administration (EIA)	Behörde für Statistiken speziell zur Energiewirtschaft (einschließlich Öl und Gas)
U.S. Department of Agriculture (USDA)	Ministerium für Landwirtschaft
American Chemistry Council (ACC)	Verband der Chemieindustrie
Plastics Industry Association (PLASTICS)	Fachverband für die Kunststoffindustrie
American Coatings Association (ACA)	Fachverband für Farben und Lacke
US Oil & Gas Association (USOGA)	Verband der Öl-/Gasindustrie
Chemical Week (USOGA)	Fachzeitschrift für Chemie
Oil & Gas Journal (USOGA)	Fachzeitschrift für Öl und Gas
RIGZONE (USOGA)	Internetportal für Öl und Gas
NPE 2027 The Plastics Show (USOGA)	Fachmesse, 3. bis 7. Mai 2027 in Orlando, Florida

Bezeichnung	Anmerkungen
ATCE - SPE Annual Technical Conference and Exhibition 	Fachmesse, Schwerpunkte: Chemie, Petrochemie, Energiewirtschaft, 20. bis 22. Oktober 2025 in Houston, Texas
The Battery Show - North America 	Fachmesse, 6. bis 9. Oktober 2025 in Detroit, Michigan
Carbon Capture Technology Expo North America 	Fachmesse, 25. bis 26. Juni 2025 in Houston, Texas (gleichzeitig Hydrogen Technology Expo North America)
Independent Commodity Intelligence Services  (ICIS)	Internetportal für die Chemieindustrie

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2025 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.